

### Im Lokalteil

#### Wenig Andrang in den Werkstätten

**Beeskow.** Von Oktober bis Ostern, lautet die Faustregel, mit der die Kfz-Branche an den Wechsel der Bereifung erinnert. Der große Ansturm wird aber erst nach den Feiertagen erwartet. (Seite 15)

#### Neue Attraktionen im Wettermuseum

**Lindenberg.** Das Wettermuseum in Lindenberg hat zwei neue Attraktionen – eine Polarstation und den Wolkenblick. Beide richten sich an Kinder und Jugendliche. (Seite 17)

#### Nächster Erfolg der Fußball-Mädchen

**Storkow.** Die Fußball-D-Juniorinnen des Storkower SC feiern einen weiteren Erfolg: Sie setzten sich im Viertelfinale des Landespokals mit 8:2 beim Heideseer SV durch. (Seite 24)

### Berlin

#### Bahn testet für Fußball-EM 2024

**Berlin.** Deutschland bewirbt sich um die Fußball-Europameisterschaft in sechs Jahren. Die Bahn nutzte das Länderspiel gegen Brasilien am Dienstag dafür schon mal als Test für die Massenbeförderung von Fans. (Seite 11)

### Wetter



9° 2 Std.  
-1° 70 %

Ausführlich auf Seite 8

### Heute vor ...

... 20 Jahren, am 29. März 1998, wird in Lissabon die Brücke „Ponte Vasco da Gama“ für den Autoverkehr freigegeben. Sie überspannt den Fluss Tejo und ist mit 17 Kilometern Länge die längste Brücke Europas.

### Börsen-Ticker

	Vortag	Aktuell
DAX	11 970,83	11 940,71
EURO (in Dollar)	1,2376	1,2398
GOLD (Dollar/Unze)	1341,45	1332,45

(siehe Wirtschaft Seite 6)

### Inhalt

Hintergrund	2
Leserbriefe	2
Ratgeber	5
Wirtschaft	6
TV	13/14
Leserfoto	16
Rätsel	16
Kultur	22
Kinderecke	22
Horoskop	26



## 24 000 Mini-Aale vom Atlantik

In der Groß Schauerer Seenkette leben seit Mittwoch etwa 24 000 Fische mehr als zuvor. An zwei Stellen, in Groß Schauen und in Bugk, wurden je drei Gramm leichte Glasale ins Wasser eingesetzt. Die Winzlinge sollen dort nun wachsen, damit sie in etwa zehn Jahren gefischt werden

können. Zuvor wurden sie in Kisten von der französischen Atlantikküste nach Storkow transportiert. Finanziert wurde die Aktion von der örtlichen Fischgenossenschaft, vor allem aber durch Fördermittel vom Land Brandenburg und von der Europäischen Union. Foto: Jörn Tornow

# SPD will weg von Hartz IV

Bundesarbeitsminister Heil offen für Debatte über Grundeinkommen / CDU nennt Vorschläge „nicht geeignet“

**Berlin.** Die SPD diskutiert Alternativen zu Hartz IV. Nachdem sich Berlins Bürgermeister Michael Müller für das Modell eines solidarischen Grundeinkommens ausgesprochen hat, zeigt sich auch Arbeitsminister Hubertus Heil offen für die Debatte. Einen nennenswerten Teil der Deutschen wissen die beiden hinter sich.

Eine große Mehrheit der Bevölkerung spricht sich für das von Müller vorgeschlagene solidarische Grundeinkommen aus. 61,8 Prozent der Befragten befürworten in einer Umfrage für den „Tagesspiegel“, dass jeder Langzeitarbeitslose das Recht auf eine

gemeinnützige, steuerfinanzierte Beschäftigung zum Mindestlohn erhält. 26 Prozent lehnten das ab.

Die Debatte über Hartz IV ist neu aufgeflammt, seitdem Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller dafür wirbt, Arbeitslosen solche Stellen anzubieten und ihnen dafür einen Nettoverdienst von 1200 Euro aus Steuermitteln zu zahlen. Wer ablehnt, soll demnach weiterhin Arbeitslosengeld II bekommen.

Unter anderem Generalsekretär Lars Klingbeil und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer unterstützen dieses Modell. Mike Groschek, Chef der NRW-SPD sprach davon, Hartz IV zu überwinden.

Arbeit müsse sich wieder lohnen und belohnt werden, sagte er der „Neuen Westfälischen“. Arbeitsminister Hubertus Heil hatte zuvor die Diskussion eine „notwendige Debatte, die wir führen werden“, genannt. Der „Bild“ sagte er: „Ich setze dabei auf konkrete und machbare Lösungen, die der Lebensrealität der Menschen gerecht werden.“

Im Vorstand der Brandenburger SPD soll das Thema am 9. April diskutiert werden. Landesgeneralsekretär Erik Stohn betonte am Mittwoch: „Unser Leitgedanke ist es von jeher, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das ist untrennbar mit Regine Hildebrandt verbun-

den.“ Deshalb sei Müllers Vorschlag auch bedenkenswert. Er könne sich eine Reihe von Einsatzfeldern vorstellen, sagte Stohn: in der Jugendarbeit zum Beispiel oder im Vereinsleben. „Die Beteiligung am Arbeitsleben hat etwas mit Würde zu tun.“

Dass die Diskussion über die Hartz-Reformen das Wesen der SPD berührt, betonte die sächsische Generalsekretärin Daniela Kolbe. „Wir haben in unserem SPD-Erneuerungsprozess jetzt den Raum, diese Debatte zu führen“, sagte sie dem „Vorwärts“. Dabei müssten „die Themen Anerkennung und Respekt vor Lebensleistung“ im Mittelpunkt stehen. „Und auch wenn

wir derzeit in der Regierung einen Koalitionspartner haben, der keine großen Reformen anstrebt, stehen dazu auch Ansätze im Koalitionsprogramm.“

Mit der Union dürfte diese Debatte trotzdem schwierig werden. Peter Weiß, der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, sagte am Mittwoch, die Vorschläge aus der SPD seien „nicht geeignet, die wirklichen Probleme im Hartz-IV-System zu lösen“. Vize-Fraktionschef Hermann Gröhe sprach sich gegen einen „staatlich geförderten Niedriglohnsektor“ aus und verlangte, stattdessen die Vermittlung in Arbeit zu verbessern. (mpu/dpa/AFP)

## Kaserne nach Getötetem in Afghanistan benannt

Von der Leyen unterzeichnet neuen Traditionserlass

**Hannover.** Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat den neuen Traditionserlass der Bundeswehr unterzeichnet. Er solle die „reiche Geschichte“ der Bundeswehr in den Mittelpunkt ihrer Erinnerungskultur stellen, sagte die CDU-Politikerin am Mittwoch in Hannover.

Sie benannte auch eine Kaserne in Hannover nach einem in Afghanistan getöteten Bundeswehrsoldaten in „Hauptfeldwebel-Lagenstein-Kaserne“ um. Tobias Lagenstein war 2011 getötet worden. Die Initiative für

die Umbenennung ging von Soldaten aus.

Auslöser für die Debatte um die Frage einer möglichen Umbenennung von Kasernen war die Festnahme von Oberleutnant Franco A. im April vergangenen Jahres, der einen rechtsradikal motivierten Anschlag geplant haben soll. Seither wurde vor allem um Kasernennamen gestritten, die etwa nach umstrittenen Offizieren aus der Zeit des Nationalsozialismus benannt sind. (AFP)

(Kommentar Seite 2)



Festakt: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Oberst Dirk Waldau vor der Kaserne in Hannover. Foto: dpa/Holger Hollemann

## Ex-Minister Krause muss sein Haus räumen

Fincken/Hamburg. Im Rechtsstreit um ein Wohnhaus in Fincken (Mecklenburg-Vorpommern) wird die Familie von Ex-Bundesverkehrsminister Günther Krause das Haus räumen. „Familie Krause hat die Zahlungsfrist verstreichen lassen“, sagte Krauses Anwalt Peter-Michael Diestel am Mittwoch.

Die Krauses waren im April 2017 in das Bauernhaus gezogen, hatten den Preis von 459 000 Euro aber nie bezahlt. Die Verkäufer klagten. Am Landgericht Neubrandenburg wurde ein Vergleich geschlossen. Die Frist lief am 27. März ab. Nun muss Krause bis zum 10. April ausziehen. (dpa) (Seite 10)

## Alkoholkonsum geht nur langsam zurück

Sucht verursacht jährlich 74 000 Todesfälle

**Berlin.** Jeder Bundesbürger ab 15 Jahren trinkt durchschnittlich 10,7 Liter Reinalkohol pro Jahr. Das geht aus dem am Mittwoch veröffentlichten „Jahrbuch Sucht 2018“ der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS) hervor. Grundlage für die aktuellen Berechnungen waren Daten aus dem Jahr 2015. Im Jahr 1970 habe der Reinalkohol-Verbrauch pro Bundesbürger ab 15 Jahren demnach noch bei 14,4 Litern jährlich gelegen.

Der Alkoholkonsum in Deutschland sinke zwar, „doch nur von einem extrem hohen zu einem sehr hohen Verbrauch“, betonte DHS-Geschäftsführer Ra-

phael Gaßmann. Im internationalen Vergleich sei Deutschland ein „Hochkonsumland Alkohol“. Rund 95 Prozent der deutschen Bevölkerung würden Alkohol trinken, „vom maßvollen kleinen Schluck bis zum maßlosen regelmäßigen Konsum“.

Die DHS verwies zudem auf Hochrechnungen des Statistischen Bundesamtes, wonach 3,38 Millionen Erwachsene in Deutschland von einer alkoholbezogenen Störung betroffen waren. Rund 74 000 Todesfälle würden zudem jährlich durch Alkoholkonsum oder den kombinierten Konsum von Tabak und Alkohol verursacht. (KNA)

## Nur Männer können Heimat

Warum sich in Seehofers Leistungsstab keine Frau findet

Die menschliche Psyche ist ein gar heikles Ding. Veränderungen mag sie nur in kleinen Portionen. Am wohlsten fühlt sich unser Steineithirn in der Gesellschaft von Vertrauten, Menschen, die uns ähnlich sind.

Das gilt, wie schon Herbert Grönemeyer erkannt hatte, vor allem für Männer: „Oh, Männer sind so verletzlich.“ Und hellseherisch: „Männer sind auf dieser Welt einfach unersetzlich.“ Bei-

des hat der neue Innenminister Horst Seehofer beherzigt, als er die Führungsmannschaft seines Hauses zusammenstellte. Acht Menschen sind das neben dem Minister, und alle sind ihm auffallend ähnlich: männlich, weiß und nicht ganz jung.

Nun gibt es für Menschen, die dem Ruf ihres Steineithirns folgen, ohne das weiter entwickelte Großhirn zuzuschalten, heutzutage ein schönes Korrektiv: das In-

ternet. Kaum stand das Foto der Herrenriege auf der Homepage des Ministeriums, setzte es Spott und Empörung. „Frauen gehören nicht zu Deutschland.“ – „Da ist ein Foto von 1918 reingerutscht.“ Das Innenministerium nahm, ganz verletzte Seele, das Foto nach wenigen Stunden aus dem Netz. Gestern dann ging es wieder online. Ganz in Grönemeyers Sinn: „Oh, Männer sind einsame Streiter. Müssen durch jede Wand, müssen immer weiter.“ (uso)

## Deutschland erzeugt deutlich zu viel CO<sub>2</sub>

**Berlin.** Deutschland hat bis Ende dieses Monats schon so viel klimaschädliches Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) ausgestoßen, wie zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens für das gesamte Jahr 2018 erlaubt wäre. Die 217 Millionen Tonnen Kohlendioxid seien bereits bis zum 28. März ausgestoßen worden, berichtet die Funke Mediengruppe unter Berufung auf eine Studie der Nymoen Strategieberatung.

Die Studie wurde von der Brancheninitiative Zukunft Erdgas in Auftrag gegeben. Deren Vorstand Timm Kehler kritisierte, Deutschland stoße dieses Jahr voraussichtlich „erneut viermal so viele klimaschädliche Gase aus, als dies nach dem Pariser Klimaschutzabkommen erlaubt wäre“. Das CO<sub>2</sub>-Budget sei „noch eine Woche früher als 2017“ aufgebraucht gewesen.

„Im Verkehrsbereich geht die Entwicklung leider immer noch in die falsche Richtung“, räumte Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) in Berlin ein. Bei erneuerbaren Energien sei dagegen viel erreicht worden. (AFP/dpa) (Thema Seite 2 und 3)

## Geburtenrate steigt weiter

**Wiesbaden.** Die Geburtenrate in der Bundesrepublik ist auf den höchsten Wert seit den 1970er Jahren gestiegen. 2016 wurden in Deutschland 792 131 Kinder geboren, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch mitteilte. Das waren sieben Prozent mehr als 2015. Bei rund 607 500 Neugeborenen waren die Mütter geboren.

Im Westen nahm die Zahl der Geburten um acht Prozent zu, während in den östlichen Bundesländern vier Prozent mehr Kinder auf die Welt kamen. Die Zahl stieg damit bereits das fünfte Jahr in Folge. (KNA)

## Kim Jong Un ist gesprächsbereit

**Peking.** Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un hat seinen Willen zur Beseitigung der Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel unter bestimmten Bedingungen bekräftigt. Bei einem überraschenden Besuch in Peking tauschte sich Kim Jong Un mit Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping über den Konflikt um sein Atomwaffen- und Raketenprogramm aus. Er bekräftigte seine Bereitschaft, nicht nur mit dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae In sondern auch mit US-Präsident Trump zusammenzutreffen. (dpa) (Kommentar Seite 2; Seite 3)

### Das Urteil

Wenn Bäume vom Nachbarn viel Laub auf das eigene Grundstück abwerfen, kann das einen Anspruch auf Ausgleich rechtfertigen. Das gilt beispielsweise, wenn der Reinigungsaufwand der Dachrinne übermäßig erhöht ist, urteilte der Bundesgerichtshof (BGH). (Az.: V ZR 8/17). (dpa)

### Das gibt's auch

Ein Mann aus Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz), der mit seiner Freundin Schluss machen wollte, hat die Polizei um Hilfe gebeten. Der 34-Jährige berichtete verzweifelt auf der Wache, dass er keinen Ausweg wisse. Eine Polizistin zählte ihm unter vier Augen mehrere Alternativen auf. (dpa)

